

Halver, 21.02.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Halver erlebt nunmehr das vierte Krisenjahr in Folge. Waren die Jahre 2020, 2021 noch durch die Corona-Krise geprägt, stand das vergangene Jahr im Zeichen des Angriffskrieges Putins gegen die Ukraine.

Es ist absehbar, dass auch das Jahr 2023 maßgeblich durch den Krieg und den damit verbundenen Folgen geprägt werden wird.

Auch wenn natürlich klar ist, dass die schlimmsten Folgen die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine selbst tragen, so ist festzuhalten, dass die Krise überall auf der Welt ihre Spuren hinterlässt.

Auch hier in Halver haben die Menschen die Folgen des Krieges mittelbar zu spüren bekommen. Eine Inflation auf Rekordniveau, Energiepreise, die durch die Decke gehen, ein steigendes Zinsniveau,

das nicht bei Sparern, wohl aber bei Krediten für erforderliche Investitionen seine Wirkung voll entfaltet.

Umfragen belegen, dass die Menschen derzeit erhebliche Zukunftsängste haben.

Mitten in diese Zeit der Unsicherheiten hinein, erfahren die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halver im vergangenen Jahr aus der Zeitung, dass Steuererhöhungen unverzichtbar seien - fast eine Million Euro Mehrertrag sollten allein durch die Erhöhung der Grundsteuer auf rund 590 % erzielt werden.

Die Gründe hierfür wurden schnell nachgeliefert:

Steigende Energiepreise, sinkende Abwassergebühren, höhere Aufwendungen für Zinsen, steigende Kreisumlage und nicht zuletzt die Kosten der Migration ließen kaum Zweifel zu, dass drastische Steuererhöhungen tatsächlich erforderlich seien. In seiner Haushaltsrede machte der Bürgermeister zudem noch deutlich, dass sich die Stadt Halver in den letzten Jahren erheblich entwickelt habe, die Bürgerinnen und Bürger aber keine Mehrbelastungen erfahren hätten.

Die FDP-Fraktion erkennt an, dass sich die Stadt in einer schwierigen Lage befindet. Allerdings stellen wir uns auch die Frage, ob Steuererhöhungen tatsächlich die einzig verbliebenen Mittel sind, um diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Darüber hinaus weisen wir zurück, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halver bisher nicht angemessen an der Finanzierung der Stadt beteiligt waren.

Schaut man auf die direkten kommunalen Steuern, so haben sich die Sätze in der Tat seit einigen Jahren nicht erhöht und umliegende Städte wie zum Beispiel Kierspe weisen zum Teil deutlich höhere Steuersätze auf.

Allerdings wäre es falsch anzunehmen, dass Halver deshalb die letzte Steueroase inmitten einer Hochsteuerregion wäre.

Schließlich hat sich die Stadt Halver auf andere Weise das Geld bei den Bürgerinnen und Bürgern abgeholt - nämlich in Form der höchsten Abwassergebühren weit und breit. Die Abwassergebühren haben jahrelang viel mehr Geld in die Kassen gespült als es der tatsächliche Gebührenbedarf erfordert hat. Mit den erzielten Überschüssen haben die Bürgerinnen und Bürger den Haushalt querfinanziert.

Schon 2009 hat die FDP-Fraktion angemahnt, die Abwassergebühren am tatsächlichen Bedarf auszurichten. Mit der Begründung der fehlenden Gegenfinanzierung wurde der FDP-Vorstoß mehrheitlich abgelehnt.

Wo es an politischer Entschlusskraft mangelt, entscheiden die Gerichte. Das OVG Münster entschied, dass auf Grundlage der bestehenden Rechtsnorm die kalkulatorischen Zinsen nur noch den Zeitraum der letzten 10 Jahre umfassen darf und nicht wie früher über einen Zeitraum von 50 Jahren errechnet werden darf.

Die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halver durch die Entscheidung des OVG NRW deutlich entlastet werden.

Allerdings hat die Sache einen Haken, denn NRW hat inzwischen die Rechtsgrundlage geändert, so dass die Zinsen nunmehr wieder über einen Zeitraum von 30 Jahren ermittelt werden dürfen. Die FDP-Fraktion schließt bereits jetzt aus, einer Gebührenerhöhung im kommenden Jahr aufgrund eines höheren kalkulatorischen Zinssatzes zuzustimmen.

Die Darstellung des Bürgermeisters, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in Halver nicht angemessen an der

finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Halver beteiligt haben, ist unter anderem wegen der gerade genannten Fakten zurückzuweisen.

Zusätzlich sind die Halveranerinnen und Halveraner, wie überall in Deutschland durch die allgemeine Steuerlast in Deutschland Jahr für Jahr stärker belastet worden und die Stadt Halver hat hiervon durch Zuweisungen aus der Einkommensteuer sowie der Mehrwertsteuer auch unmittelbar profitiert.

Dies wird sich auch im Jahr 2023 fortsetzen, denn bereits jetzt ist absehbar, dass insbesondere der Staat von den Lohnrunden, die wegen der galoppierenden Inflation überwiegend stärkere Anpassungen erwarten lassen als dies in den vergangenen Jahren der Fall war, profitieren wird. Und auch hier wird die Stadt mittelbar durch die Zuweisungen aus der Einkommensteuer profitieren.

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler indes werden erhebliche Reallohnverluste hinnehmen, da die Inflation auch im Jahr 2023 die Mehreinnahmen übersteigen wird.

Die Bürgerinnen und Bürger sind derzeit ohnehin bereits durch Inflation und insbesondere durch erhöhte Energiekosten und Lebensmittelpreise massiv unter Druck. Eine Anhebung von Steuern wird weiteren Druck verursachen- insofern käme eine Anhebung der Steuern zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt.

Daher lehnt die FDP-Fraktion die Anhebung der Grundsteuer B in der durch den Kämmerer und Bürgermeister vorgelegten Höhe (590 %) ab.

Zuletzt wurde immer wieder darüber debattiert, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer dazu führen könne, dass die Grundsteuer B nicht auf 590 % angehoben werden müsse.

Dies wurde unter anderem damit begründet, dass sich alle an der Finanzierung der Stadt stärker beteiligen müssen- also auch die Betriebe.

Die Aussage, dass sich die Betriebe nicht angemessen an der Finanzierung der Stadt beteiligen, ist zurückzuweisen. Auch die Gewerbebetriebe zahlen die Grundsteuer B. Sie verfügen in der Regel sogar über die größten bebauten Grundstücke und wären insofern durch die Erhöhung der Grundsteuer B besonders betroffen.

Daneben haben die Betriebe zuletzt mit rund 12,5 Mio. € annähernd vier Millionen Euro mehr Gewerbesteuern gezahlt als es von der Stadt kalkuliert wurde.

Eine Anhebung der Gewerbesteuer wird von der FDP-Fraktion aus verschiedenen Gründen strikt abgelehnt.

Die Unternehmen in Halver sind vielfach Zuliefererbetriebe für die Automobilindustrie- eine Branche, die durch politische Entscheidungen vor massiven Veränderungen steht. Um die Zukunftsfähigkeit der Betriebe zu gewährleisten und auch zukünftig Arbeitsplätze in Halver zu bieten, bedarf es massiver Investitionen. Hierzu müssen entsprechende Gewinne erwirtschaftet werden. Eine Anhebung der Gewerbesteuer beeinträchtigt die Möglichkeiten der Investitionen. Das kann sich negativ auf die Arbeitsplätze in Halver auswirken.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer muss nicht zwingend bedeuten, dass die Stadt auch höhere Gewerbesteuern einnimmt.

Verlagerungen von Betrieben, Gewinnrückgänge und viele andere Faktoren können stets zu einem Rückgang der Steuererträge führen, obschon die Steuerschraube angezogen wurde.

Steuerpolitik muss immer mit Augenmaß betrieben werden. Der Kämmerer hat natürlich durchaus Recht, wenn er sagt, dass es keinen guten Zeitpunkt für Steuererhöhungen gibt.

Auch die Betriebe erleben derzeit unsichere Zeiten. Höhere Lohnzahlungen und erhöhte Energiekosten erhöhen den Druck und senken die Liquidität. Eine Anhebung von Steuern wird weiteren Druck verursachen- insofern setzt eine Steueranhebung hier die völlig falschen Signale.

Aus der Sicht der FDP-Fraktion besteht in der Stadt Halver kein echtes Problem auf Seiten der Einnahmen.

Die FDP-Fraktion zu bedenken, dass durch die geplanten Steuererhöhungen lediglich Mehreinnahmen in Höhe von ca. 1 Millionen Euro erzielt würden.

Demgegenüber sehen wir ein großes Problem bei den Ausgaben.

Über 20 Millionen Investitionsvolumen

Der eingebrachte Haushaltsentwurf wies Investitionen in Höhe von über 23 Millionen Euro auf. Nach intensiven Beratungen liegen diese immer noch bei rund 20 Millionen Euro. Grundsätzlich bedeuten diese Investitionen, dass hierfür Kredite aufgenommen werden müssen. Wenn auch nicht in voller Höhe, weil in vielen Fällen Fördergelder generiert werden können.

Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Zinsen müssen Kreditaufnahmen kritisch hinterfragt werden.

Vor 18 Monaten war die Lage auf dem Zinsmarkt noch entspannt- die Entwicklung der letzten Monate sorgt jetzt schon für erwartete Mehrbelastungen in Höhe von mehr als 500.000 €, wenn die Investitionen in vorgesehener Höhe getätigt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Politik zu Recht, dass die Projekte vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen stets neu beleuchtet werden.

Die Investitionsliste umfasst zahlreiche Projekte, die durch die Politik vor langer Zeit beschlossen wurden. Die Maßnahmen müssen also

immer vor dem Hintergrund der damals vorliegenden Rahmenbedingungen betrachtet werden.

Herr Thienel hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir nicht nur das laufende Haushaltsjahr, sondern auch die mittelfristige Finanzplanung beleuchten müssen.

Hiernach sind Zinszahlungen im Jahr 2026 in Höhe von über 1,2 Millionen Euro prognostiziert.

Da die Stadt nicht ständig die Steuerschrauben drehen und die Einnahmen erhöhen kann, sind die Investitionen der nächsten Jahre unbedingt kritisch zu hinterfragen und notfalls auch zu streichen!

Nachfolgende Projekte haben für die FDP-Fraktion Priorität:

Kindergärten

Hier haben wir mit der Errichtung der Kindervilla, des AWO-Kindergartens auf dem Campus Auf dem Dorfe sowie dem Bau der Kita in der Marktstraße bereits die richtigen Weichen gestellt. Aus der Sicht der FDP-Fraktion bedarf es aber weiterer Investitionen und durch den damaligen Antrag der FDP-Fraktion zur Potenzialflächenanalyse für Kitas wurde unter anderem das Grundstück hinter dem VW Autohaus identifiziert. Nun ist es ruhig geworden um das bereits geplante Projekt, für das sogar bereits ein Träger gefunden war. Die FDP wünscht sich Klarheit, ob es dort weitergeht. Wenn nicht, sind schnellstmöglich Alternativen zu suchen.

Schulen

Nachdem einige Jahre insbesondere in die Gebäude investiert und insbesondere energetische Sanierungen durchgeführt wurden, vermissen wir nach wie vor Investitionen in die digitale Infrastruktur unserer Schulen.

Wir können zukünftig zwar gewährleisten, dass frische Luft auch bei geschlossenen Fenstern zugeführt wird und dass auch alle Räume der

Schulen barrierefrei erreicht werden können- ein Zugang zum schnellen Internet liegt aber noch in weiter Ferne.

Die FDP-Fraktion hat bereits in der letzten Haushaltsrede deutlich gemacht, dass die Mittel des Digitalpakts endlich eingesetzt werden müssen- nennenswerte Ergebnisse sehen wir indes nicht. Die Digitalisierung der Schulen wird sträflich vernachlässigt. Das ist nicht länger hinnehmbar und die FDP-Fraktion erwartet jetzt schnellstmöglich Vollzug!

Ein weiteres Problem ist bereits am Horizont erkennbar- die Regenbogenschule hat ein erhebliches Platzproblem und dieses wird durch den zukünftigen gesetzlichen Anspruch auf Ganzttag noch verstärkt.

Die bisherige Lösung: Anmietung von Containern. Schon bei der Entscheidung für die Anmietung der Container hat die FDP-Fraktion deutlich gemacht, dass es sich hier nur um eine vorübergehende Lösung handeln darf. Seither ist nichts passiert und es steht zu befürchten, dass die Container bald gekauft werden und das Provisorium dann für die nächsten 50 Jahre Bestand hat.

Die FDP-Fraktion erwartet eine dauerhafte Lösung, die den Kindern auch gerecht wird. Hierzu sind zeitnah Planungen aufzunehmen und es ist zu prüfen, ob Fördermittel generiert werden können.

Feuerwehr

Die Feuerwehr leistet für die Stadt ausgesprochen wichtige Dienste. Die Pflichtaufgabe der Stadt wird von Ehrenamtlern engagiert und erfolgreich gewährleistet.

Die zuletzt getätigten Investitionen in ein neues Gerätehaus sowie in die Jugendfeuerwehr waren für die Zukunftsfähigkeit der Feuerwehr unverzichtbar. Die exponentielle Steigerung der Kosten bei der Errichtung des Feuerwehrgerätehauses Anschlag macht aber deutlich, dass bei zukünftigen Projekten durch die Politik viel mehr

Leitplanken eingezogen werden müssen, um die Kostensituation unter Kontrolle zu halten.

Freizeit / Jugend

Investitionen in die Freizeitinfrastruktur unserer Stadt sieht die FDP-Fraktion ebenso als unverzichtbar an.

Daher hatten wir uns in der Vergangenheit auch dafür eingesetzt, dass die Kleinspielfelder im Bereich des Campus Auf dem Dorfe saniert und somit für die Schulen aber auch für die Freizeitgestaltung der Kinder sachgerecht saniert werden. Für die Umsetzung dankt die FDP-Fraktion dem Fachbereich 3 ausdrücklich.

Dass die Umsetzung des von FDP und UWG beantragten Skate- und Bikeparks so schleppend vorangeht ist für die FDP-Fraktion ein großes Ärgernis. Das hätte so nicht sein müssen und es ist den Kindern und Jugendlichen auch nicht zu vermitteln. Es bestanden von Anfang an Zweifel am Standort Karlshöhe. Einerseits vor dem Hintergrund der bestehenden Reitanlage und andererseits wegen der dort vorhandenen unterirdisch verlegten Infrastruktur.

Die Konzentration auf diese Fläche hat sehr viel Zeit gekostet. Zeit, die wir nicht haben, denn viel zu lange warten die Kinder und Jugendlichen bereits auf die Neuerrichtung der Anlage. Die FDP-Fraktion setzt auf eine stringente Planung am nun identifizierten Ort und drängt auf eine schnelle Umsetzung.

Verkehrsinfrastruktur

Investitionen in die Straßen werden auch in Zukunft dringend benötigt. Die Situation an der A45 zeigt eindrücklich, welche Folgen eine mangelhafte Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur hat. Die FDP-Fraktion begrüßt die Entscheidung der letzten Landesregierung, die Bürgerinnen und Bürger von den Kosten der Sanierung zu befreien. Wir sollten allerdings die vom Land geschaffenen Finanzierungsmöglichkeiten auch vollständig ausschöpfen. Vor diesem Hintergrund fordert die FDP-Fraktion zu prüfen, ob die

bestehende KAG-Satzung der Stadt Halver einnahmeschädliche Auswirkungen hat. In einem solchen Fall wäre die Satzung anzupassen oder zu streichen.

Baugebiete Gewerbegebiete

Um die Stadt für Bürgerinnen und Bürger aber auch für Unternehmen attraktiv zu halten, werden weiterhin Baugebiete und Gewerbegebiete ausgewiesen werden müssen. Wer dies negiert, legt die Axt an die Zukunftsfähigkeit der Stadt Halver. Denn neben der Begrenzung der städtischen Ausgaben, die wegen der hohen Quote der Pflichtausgaben nur begrenzt beeinflusst werden können, bedarf es auch einer soliden Steigerung der Einnahmen. Dies kann durch rentierliche Investitionen (Bau- und Gewerbegebiete) sowie insbesondere aus den in der Zukunft durch diese Maßnahmen entstehenden Einnahmen gewährleistet werden. Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass diese Maßnahmen im Einklang mit den ökologischen Erfordernissen gelingen können, wenn die Rahmenbedingungen hierfür geschaffen sind. Die zuletzt geführten Diskussionen rund um den Regionalplan lassen allerdings einen mangelnden Willen oder sogar eine vollständige Ablehnung einer positiven Stadtentwicklung erkennen.

Anstelle von Steuererhöhungen wären, aufgrund der benannten besonderen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen, zunächst die vom Gesetzgeber vorgesehen Mittel der Kostenisolierungen, Ausgleichsrücklagen und der globale Minderaufwand zu berücksichtigen. Wie bereits dargestellt lässt sich die mittelfristige Finanzplanung durch Streichungen auf der Projektliste und das Forcieren der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten gestalten.

Zusammenfassend stellt die FDP-Fraktion fest, dass interfraktionell keine tragfähige Kompromisslösung für den Haushalt gefunden werden konnte. Daher lehnen wir den Haushalt ab!